

Zeitschrift: Lesbenfront
Herausgeber: Homosexuelle Frauengruppe Zürich
Band: - (1978)
Heft: 5

Rubrik: Kurznachrichten

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 24.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Kurznachrichten

Seit Frühjahr 1976 gibt es eine Elternkontaktstelle für Eltern homosexueller Töchter und Söhne. Sie wehrt sich gegen "die Diskriminierung und künstliche Kriminalisierung (Art. 194 StGB), gegen die Diffamierung in der Öffentlichkeit und gegen die ungerechtfertigten Zurückstellungen im beruflichen Bereich". Adresse: Elternkontaktstelle

Postfach 94 8804 Au/ZH



Anita droht Prozess

San Franzisko (UPI) - Fünf Millionen Dollar Schmerzensgeld verlangt die Mutter eines unlängst in San Franzisko ermordeten Homosexuellen von Anita Bryant. Der Kampagneführerin droht ein Prozess, weil sie angeblich dafür verantwortlich sein soll, dass in dieser Stadt Robert Hillsborough ermordet wurde. In Florida hatten bekanntlich Slogans, wie "Kill a Queer for Christ" (Bring für Christus einen Schwulen um), die Runde gemacht. Die 73 jährige Mutter des Ermordeten sieht in diesem Aufruf offenbar einen direkten Zusammenhang mit dem Mord an ihrem Sohn.

Aus "Gay News Germany"

Anita Bryant gefeuert!

Miami (NZGN) - Anita Bryant, amerikanische Sängerin und Leiterin einer Antihomosexuellen-Kampagne, hat ihren Job verloren. Wie der Verkaufsleiter Douglas Hoffer der Florida Orange Juice Co. zugab, hätten dies die Homosexuellen Amerikas mit ihrem strikten Boykott von Orangensaft in den homosexuellen Bars der USA bewirkt. Hinzu kamen die Auswirkungen der beiden Kampagnen, der Antihomosexuellen-Kampagne der Bryant und der gegen sie gerichtete Homosexuellen-Kampagne. Anita verliert damit ein Jahresgehalt von 1000'000 Dollars. Wie "New Zealand Gay News" ohne nähere Quellenangabe bekanntgab, wird damit der Orangensaft-Boykott der amerikanischen Homosexuellen sofort aufgehoben.

Anita Bryant bekam die Macht der Werbung am eigenen Leib zu spüren. Man erklärte ihr nämlich, sie könne nicht Evangelistin und Werbemanagerin zugleich sein. Die Verbraucher hätten sie bereits stärker mit ihrer Antihomosexuellen-Kampagne identifiziert als mit Orangensaft. Und das sei für das Produkt eben schlecht, sagte die Firma, die sich die Mühe gemacht hatte, die Kundenmeinung mittels einer Befragung zu erforschen.

Aus "Gay News Germany"

Lesbian Concentrate

Aus diesem Anlass presste die Frauenschallplattenfirma Olivia Records die Platte LESBIAN CONCENTRATE, 100% undiluted (lesbisches Konzentrat, 100% unverdünnt). Es ist eine Sammlung von Lesbenliedern und Gedichten mit provokativen Texten. Der Titel ist eine Ironie auf Anita's Werbung mit Organensaft.



Internationaler Tag der Frau

Die (sda) "Schweizerische Depeschen-Agentur" teilte schon am 2. März allen Zeitungsredaktionen mit, dass am 4. März in Freiburg eine nationale Frauen-Demo stattfindet. Sie teilte auch die repressiven Bedingungen der Freiburger Behörden mit, unter anderem:

Die Umzugsroute musste so abgeändert werden, dass sie nicht durch die Hauptgeschäftsstrassen führt, da diese nur "für militärische Defilees, Sühne-Kreuzzüge (s. Zeitungsausschnitt), religiöse Prozessionen und Folklore-Umzüge freigegeben werden". Die Organisatorinnen erklärten, sie seien gezwungen gewesen, sich schriftlich zu verpflichten, diese Auflagen zu respektieren, ansonsten ihnen die Gemeinde die Bewilligung auf Durchführung nicht gegeben hätte.

Sind wir schon (wieder) so weit?! Hier, so glaube ich, hätte jeder "Journalist" resp. jede Zeitung ganz massiv reagieren sollen, sich betroffen fühlen müssen. Was geschah: